

Noch mehr donnernde Güterzüge? 22.10.13 LR

Bahnstreckenausbau nach Dresden sorgt möglicherweise für Lasten-Verschiebung

Lübben/Luckau Die Bahnstrecke zwischen Berlin und Dresden soll auf 200 km/h ausgebaut werden – und das könnte gravierende Auswirkungen auch auf den Lübbener Raum haben. Die Gemeinde Heideblick bei Luckau wehrt sich bereits wegen immenser Kosten, die auf sie zukommen könnten. Das Thema wird auch beim morgigen Kreistag diskutiert werden. Dabei scheinen sich die Fragen, wie sinnvoll dieser Ausbau ist, immer weiter zu vermehren. Bereits die Gemeinde Heideblick hatte in ihrer Petition einen ganzen Katalog davon zusammengetragen. Angetrieben wird sie davon, dass nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz selbst bei höherem Förderanteil rund 700 000 Euro an der Gemeindekasse hängen bleiben könnten. Normalerweise wäre sie mit je einem Drittel an den Kosten für zwei Brücken beziehungsweise Unterführungen gefordert. Heideblick profitiert voraussichtlich von der guten Nachricht in der aktuellen Diskussion: Landrat Stephan Loge (SPD) zufolge hat Landesinfrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) erneut versichert, dass der Förderanteil mindestens bis 90 Prozent, in Härtefällen sogar bis nahe 100 Prozent aufgestockt werden könnte. Doch damit sind die guten Nachrichten bereits erschöpft. Landrat Loge vermutet, dass bereits jetzt durch den Umbau am Rangsdorfer Bahnhof mehr Güterzüge die Trasse über Cottbus vorbei an Lübben und Lübbenau nutzen. Zu Befürchtungen, nach dem Ausbau der Strecke Dresden-Berlin gäbe es dort für Güterzüge noch weniger Raum, so dass diese dann ebenfalls auf die Cottbuser Trasse ausweichen müssten, gäbe es aktuell "kein Gegenargument. Wo eine Bahnstrecke ist, ist die Nutzung zu akzeptieren", sagte er. Der Abschnitt Dresden-Berlin gilt als Teil einer wichtigen europäischen Verbindung zwischen Istanbul und Stockholm. Im Widerspruch dazu stand, was Lars Kolan (SPD) vom kürzlichen Nahverkehrsforum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Königs Wusterhausen mitbrachte. Dort habe Staatssekretärin Kathrin Schneider gesagt, der Streckenausbau erfolge, um den Güterverkehr zwischen Rumänien und Nordeuropa von der Straße auf die Schiene zu bringen. Die schnellere Verbindung für ICE sei lediglich "Beiwerk", gab es Kolan wieder. Die Gemeinde Heideblick hatte in ihrer ursprünglichen Petition sinngemäß argumentiert, es würde schon viel bringen, wenn die Strecke so ertüchtigt würde, dass die darauf erlaubten 160 km/h überhaupt gefahren werden könnten.

Diese Petition hatte die Kreistagsabgeordneten in ihrer vergangenen Sitzung motiviert, ein starkes politisches Zeichen zu setzen. Allerdings scheitert es an Formalitäten. Nach eingehender Prüfung hat Landrat Loge das Votum beanstandet. Die politische Aussage ist aber durchaus angekommen. Um dem Kreistag zu ersparen, seinen eigenen Beschluss aufheben zu müssen, und auch, weil die Bedeutung des Problems sehr gut nachvollzogen werden kann, gehen Loge und die Landkreisverwaltung beim morgigen Kreistag mit einem Alternativ-Vorschlag in die Diskussion. Der Kreistag soll den Landrat ermächtigen, sich mit den Problemen vor Ort an den Bundestag zu wenden.

Auch über die neue CDU-Abgeordnete Jana Schimke soll Druck gemacht werden. Mit einem Brief, in den sich inhaltlich die Bahnexperten unter den Kreistagsmitgliedern einbringen wollen, soll der Verkehrsausschuss auf die zahlreichen Sinnfragen des Streckenausbaus aufmerksam gemacht werden – von den Finanzen bis zur Zerschneidung der Landschaft. Frank Selbitz (UBL/Grüne) übte sich in Diplomatie und sah darin einen ersten Schritt in der Umsetzung des Kreistags-Votums. Michael Kuttner (CDU) gab unterdessen sein Gespräch mit Staatssekretärin Schneider am Rande des Nahverkehrsforums wieder. Sie habe zwar bestätigt, dass das Infrastrukturministerium intensiv versuche, den finanziellen Anteil für die Kommunen vor Ort zu verringern. Doch dass selbst wenige Prozentpunkte an solchen Bausummen "immer noch Geld ist, das die Kommunen in den Ruin stürzen kann, kommt nicht mehr an", beschrieb er seinen Eindruck. "Ebensowenig die Zweifel an in Aussicht gestellter Wirtschaftsansiedlung, wenn ein Zug mit 200 km/h durch die Landschaft donnert." Kuttner schätzte ein, dass die Einstellung herrsche: "Wenn der Bund Geld gibt, müssen wir es nehmen", sagte er wörtlich. Seine Antwort darauf sei gewesen: "Frau Staatssekretärin, das ist immer noch Ihres und mein Geld, nur über einen anderen Verteilungsweg." Ingvil Schirling